

Kassensturz

Jahrelangem Wirtschaftswachstum stehen im Seuchenjahr 2020 geplünderte Lohnausgleichskassen gegenüber. Warum das zwar legitim ist, aber dennoch zu denken geben sollte.

2.093,7 Millionen Euro Umsatz, 31,8 Millionen Euro Gewinn. 1.562,8 Millionen Euro Umsatz, 69 Millionen Euro Gewinn. 1.099,9 Millionen Euro Umsatz, 49,1 Millionen Euro Gewinn. So die Betriebsergebnisse der Erstgereihten im Ranking der „Top 300 Südtiroler Unternehmen“, ausgewertet für das Jahr 2019 im *ff*-Magazin *Südtirol Panorama*.

Beinahe beliebig lässt sich diese Liste fortsetzen, den roten Faden dabei stellt nicht nur die schwarze Null dar, sondern in Summe ein fettes Plus in den meisten Bereichen. Die Kurve zeigt nach oben.

Zeigte. Heute ist das mit den guten Aussichten Schnee von gestern. Die meisten Unternehmen in Südtirol werden die Coronakrise zwar überstehen, aber erstmals seit 2009 werden viele empfindliche Einbußen verbuchen, mehr noch als vor 11 Jahren. Das Wirtschaftsforschungsinstitut rechnete im Sommer mit einem Minus von 7 bis 11 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt (Bip).

Umsätze, Gewinne, Bip – das sind abstrakte Zahlen. Was sie für die einzelne Arbeiterin oder für den einzelnen Angestellten bedeuten, erschließt sich nicht direkt. Direkter sind ausbezahlte Löhne: Im besten Fall mündet eine gute Betriebsleistung bei guten Verhandlungen mit den Arbeitgebern in einer guten Entlohnung.

Im Seuchenjahr 2020 allerdings hieß es für viele Angestellte in Südtirol erstmals: Lohnausgleich. Und damit teils erhebliche Einkommensverluste. Das Geld kommt dabei nicht mehr aus dem Betrieb, sondern aus einer der verwirrend vielen Kassen und Fonds in Italien, von der römischen Regierung erweitert um einen Covid-Topf, von

der hiesigen Verwaltung ebenfalls kräftig aufgestockt. Geld zu guten Teilen vom Steuerzahler. Und das nicht nur für krisengebeutelte Kleinunternehmen, sondern insbesondere auch für die großen Fische, wie eine *ff*-Umfrage ergab:

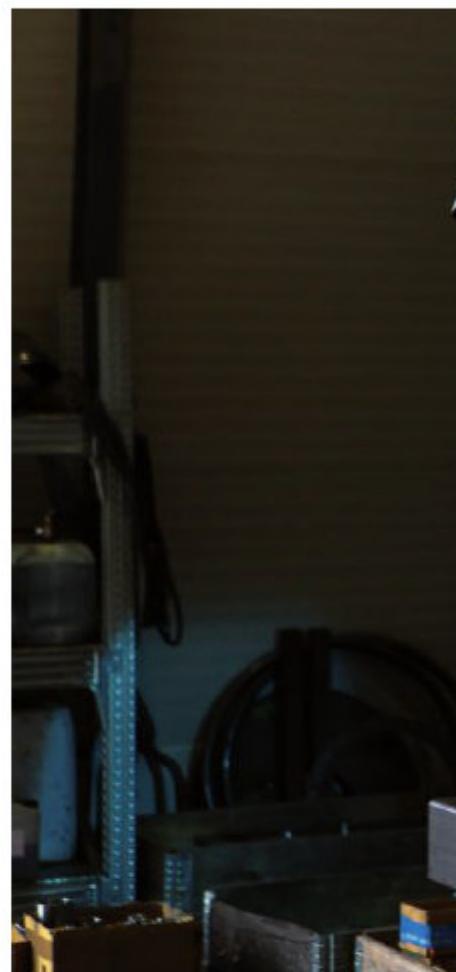
- Beim Transportriesen Fercam befanden sich im April im Betriebsdurchschnitt 20 Prozent der Angestellten im Lohnausgleich, danach baute man stufenweise ab, seit Juli kein Lohnausgleich mehr.
- Der Branchenkollege Gruber meldet für die heiße Phase 25 Prozent Lohnausgleich, im Sommer 10 Prozent, seit Ende August niemand mehr.
- Die Pusterer Automobilzulieferer GKN Sinter Metals haben zwischen März und September insgesamt 182.547 Stunden Lohnausgleich in Anspruch genommen. Derzeit befindet sich kein Mitarbeiter mehr im Lohnausgleich.

Beim Leiferer Automobilzulieferer Röchling heißt es, dass im April 64 Prozent der gearbeiteten Stunden über den Lohnausgleich abgegolten wurden, im Mai waren es noch 30, im Juni noch 14 Prozent. Die Daten beziehen die Werke in Trient und Turin mit ein. Mit August wurde der Lohnausgleich beendet.

- Bei der Athesia waren im Laufe der Pandemie in der einen oder anderen Weise 80 Prozent der gut 1.500 MitarbeiterInnen vom Lohnausgleich betroffen. Im Lockdown befand sich zu Spitzenzeiten die Hälfte der Angestellten im Lohnausgleich. Momentan gibt es weiterhin Härtefälle, vor allem bei den Reisebüros und in der Gastronomie.

„Arbeit ist eben keine freiverschiebbare Ware.“

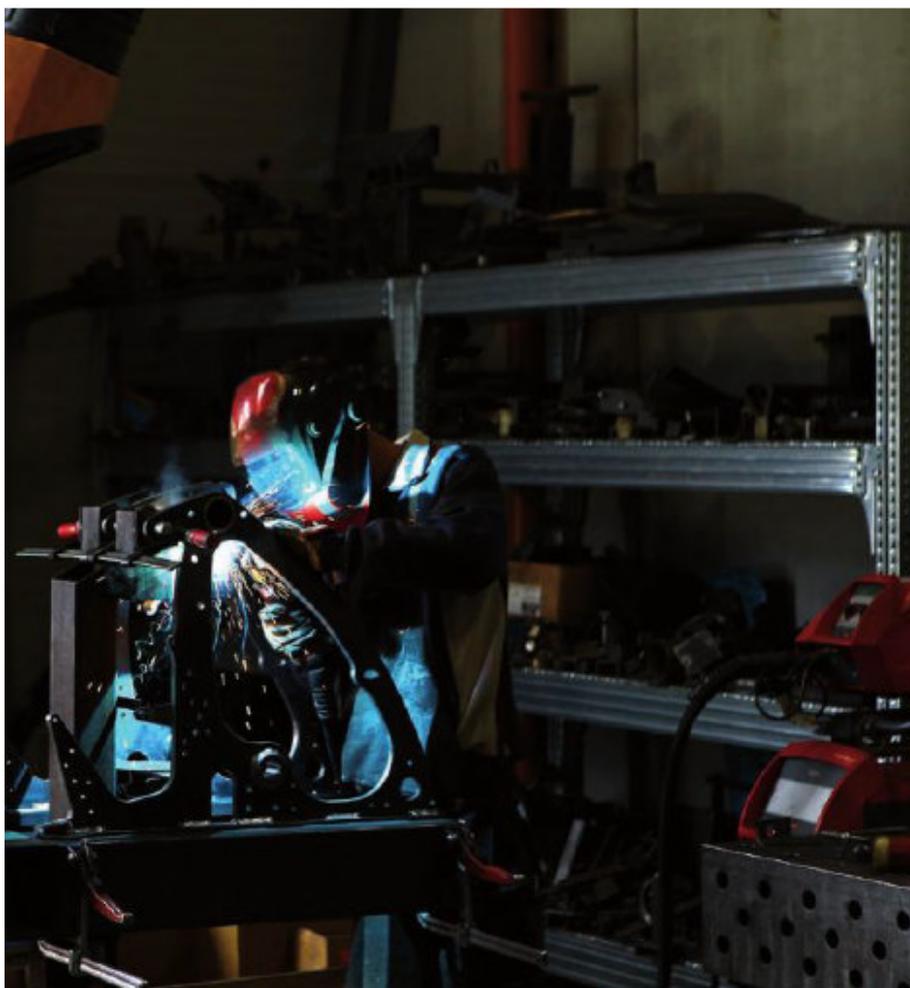
Dieter Mayr, Südtiroler Gewerkschaftsbund



Freilich ist es müßig, von einzelnen Großunternehmen auf eine generelle Tendenz zu schließen. Tatsächlich ist es gar nicht so einfach, an Zahlen in Sachen Lohnausgleich zu kommen. Das nationale Fürsorgeinstitut Inps sammelt zwar italienweit Daten, ist aber zugleich unterbesetzt und überfordert.

Auch in der Abteilung Arbeit in der Landesverwaltung klagt man über unpräzises Zahlenmaterial. Direktor Stefan Luther sagt: „Alles, was wir wissen, sind die angehäuften Summen der gewährten Stunden und der in der Zwischenzeit ausbezahlten Summen.“

Was sich für Südtirol bis jetzt sagen lässt, ergibt sich aus den Daten der Sonderlohnauflagekasse (Cig in deroga) und des bilateralen Solidaritätsfonds. Bisher wurden hier (Stand: 7. Oktober) 153,5 Millionen Euro für den



Maximal 1.100 Euro brutto bekommt ein Angestellter aus der Lohnausgleichskasse, auf dem Konto landet besonders bei Teilzeitverhältnissen teils erheblich weniger: Mittlerweile wird wieder weitestgehend gearbeitet, die Anträge sind rückläufig.

Lohnausgleich zweckgebunden, und davon 80,7 Millionen ausbezahlt.

Das entspricht 15,6 Millionen genehmigten Ausgleichsstunden, wovon 7,3 Millionen bisher effektiv abgerufen, sprich ausbezahlt wurden. Die Meldungen betrafen bisher rund 109.000 Südtiroler Angestellte, wobei Mehrfachnennungen enthalten sind.

So weit die Zahlen. Sie können, den satten Gewinnen der Unternehmen gegenübergestellt, zu denken geben. Allein die ersten 10 der „Top 300 Unternehmen“ kommen zusammen auf 183,3 Millionen Euro Gewinn, bei einem kumulierten Eigenkapital von 3,8 Milliarden Euro.

Müssten die Unternehmen mehr in die Pflicht genommen werden? Gewerkschaftler sagen: Ja. Wenn es etwa darum geht, soziale Verantwortung zu übernehmen und die von den diversen Kassen

oft erst viele Monate später bezahlten Ausgleichs vorzustrecken. Die Forderung nach einer verpflichtenden Bevorschussung scheiterte im Frühjahr auch am Widerstand von Wirtschaftslandesrat Philipp Achammer – es blieb bei einer Kannbestimmung.

Nun muss fairerweise erwähnt werden, dass viele Unternehmen – darunter auch die oben befragten – Geld vorgestreckt haben, vor allem im Industriesektor. Anderen war es aufgrund komplizierter Gesetze nicht möglich vorzuschießen.

Im Bereich Handel und Gastgewerbe, berichtet Gewerkschafter Christian Troger von der Gewerkschaft SGK/Uil, wurden oft keine Vorschüsse ausbezahlt. Mit fatalen Folgen: Beschäftigte, die von ihrem Lohn leben, haben teilweise monatelange Einkommensausfälle zu

verkräften gehabt. „Eine sozialpolitische Lawine“, so Troger.

Welche Lehren könnten nun gezogen werden? Zum einen, sagt etwa Dieter Mayr vom Südtiroler Gewerkschaftsbund, hat in der Krise vor allem der alte, verstaubte Sozialstaat geholfen. Es haben sich gut abgesicherte Arbeitsplätze bewährt. „Arbeit ist eben keine beliebig auf dem Markt hin- und herschiebbare Ware“, schießt Mayr in Richtung Flexibilisierungsbefürworter. „Sie gehört abgesichert.“

Zum anderen gelte es jetzt, an einem starken regionalen und vor allem einheitlichen Fonds zu basteln, der das Sammelsurium an Lohnausgleichskassen vereint und einer Südtiroler Zuständigkeit unterliegt. Sämtliche Angestellte sollen erfasst werden, die auszahlbaren Beträge deutlich erhöht und damit an die Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Die Vorschläge des Klausner Volkswirts Stefan Perini, Direktor beim Arbeitsförderungsinstitut, zielen in die gleiche Richtung. Es gelte, Prekäre und Arbeitslose in einem einheitlichen System sozialer Abfederungsmaßnahmen miteinzubeziehen. Außerdem sei es wichtig, beim Lohnausgleich nach Sektoren zu differenzieren. Man sollte weder „Zombie-Unternehmen“ künstlich am Leben erhalten, noch Steuergeschenke an nicht betroffene Sektoren verteilen.

Mit Lohnausgleichskasse und Kündigungsverbot konnten die Betriebe und ihre Angestellten gut durch die Krise gebracht werden. Künftig, so der Tenor der von ff Befragten, sollten die Maßnahmen aber gezielter eingesetzt und die Unternehmen verstärkt zur Kasse gebeten werden.

Dann werde sich auch der Gegensatz zwischen jahrelangem Plus der Wirtschaft und kräftigem Griff in öffentliche Töpfe leichter erklären lassen. ■

Alexander van Gerven